

Wohin mit dem „Teufelszeug“?

Informationskommission zum Kernkraftwerk Philippsburg diskutierte Endlagerproblematik

Von unserem Mitarbeiter Klaus Müller

Philippsburg. Was für zeitliche Dimensionen: Noch in 500 Jahren soll das, was irgendwann als hoch radioaktiver Abfall in einem Endlager eingebracht wird, wieder „rückholbar“ sein. Anders ausgedrückt: Ein Endlager muss so angelegt sein, dass auch noch in einem halben Jahrtausend Zugriff auf den strahlenden Abfall besteht. Zusammengefasst lautet so eine Vorgabe der „Endlagerkommission“, bestehend aus 32 Mitgliedern (Wissenschaft, Zivilgesellschaft, Politik). Eines dieser Mitglieder ist die grüne Bundestagsabgeordnete Sylvia Kotting-Uhl (Karlsruhe, Foto: kdm), die nun bei der zehnten Sitzung der „Informationskommission zum Kernkraftwerk Philippsburg“ die Ergebnisse der Endlagerkommission komprimiert vorstellte. Zur Erinnerung: Die Kommission wurde ins Leben gerufen, um den Rückbau des Kernkraftwerkes Philippsburg I (KKP I) so transparent wie möglich abzubilden, und um den Betrieb des noch laufenden KKP 2 unter eine Art öffentliche Kontrolle zu stellen.

Zurück zu den Dimensionen, die der Ausstieg aus der Kernenergie fordert:

- 500 Jahre: Solange muss das im Endlager und in den dafür vorgesehenen Behältern eingelagerte hoch radioaktive Material für nachfolgende Generationen zugänglich sein. In der Endlagerkommission wird von „Bergbarkeit“ gesprochen, um unter Umständen das Material an einen anderen Standort zu verfrachten. Möglicherweise gibt es bis dahin neue technische Verfahren, die wenigstens ansatzweise das Extremmaterial noch besser aus dem Verkehr ziehen können – so denn in 500 Jahren das überhaupt jemand will, oder sich überhaupt noch jemand Gedanken über das strahlende Erbe seiner Vorfahren macht.
- Eine Million Jahre: Solange müsste das „Teufelszeug“ laut Kotting-Uhl abgeschirmt werden, damit es keine Gefahr mehr für die Biodiversität (biologische Vielfalt) ist. Vergleich: Die ersten Hochkulturen der Menschheit gab es vor gerade einmal ein paar Tausend Jahren.
- Milliarden Euro: Für die Zwischen- und Endlagerung wird (Stand heute) nach Kotting-Uhls Auskunft von Kosten in Höhe von 23,6 Milliarden Euro ausgegangen. Die immense Summe sichert der Staat in einem öffentlich-rechtlichen Fonds.
- Endlagersuche: Entscheidend bei der „vergleichenden Suche“ (also in allen Bundesländern), so eine weitere Vorgabe der Endlagerkommission für den Gesetzgeber, sind wissenschaftliche Kriterien. Vorrang dabei habe die Geologie. Es gehe nicht um „Akzeptanz“, betonte die Bundestagsabgeordnete. Gesucht werden soll in Gesteinsformationen aus Ton, Salz oder Kristallin.
- Öffentliche Beteiligung: Angestrebt wird auf allen Ebenen eine breite Öffentlichkeitsbeteiligung – von Regionalkonferenzen und überregionalen Fachkonferenzen bis hin zu einem nationalen Begleitgremium. Dabei sollen auch „Zwischenlager-Kommunen“, wie Philippsburg, einbezogen werden.
- Zeitfenster: „Zeitdruck und Endlagersuche vertragen sich nicht“, bemerkte die Abgeordnete Kotting-Uhl. Die vage formulierte Zielvorgabe, bis 2031 ein Endlager gefunden zu haben, bezweifelte die Bundespolitikerin. Das werde länger dauern. Zunächst steht die gesetzliche Umsetzung der Kommissionsempfehlungen an, die bis zum 31. März 2017 abgeschlossen sein soll (Bundestag und Bundesrat).
- Alternativlos: Die Kritik an der Atomenergie mag durchaus richtig und berechtigt sein. Gleichwohl ändert sie nichts daran, dass Abertausende von Tonnen hochradioaktiven Materials (bisher nur zwischengelagert) über einen schier unglaublich langen Zeitraum sicher gelagert werden müssen. Sylvia Kotting-Uhl erinnerte in diesem Zusammenhang an die große Verantwortung gegenüber und den Schutz für die nachfolgenden Generationen, den bestmöglichen Umgang mit der Endlagerung zu gewährleisten.



DAS ZWISCHENLAGER für Castor-Behälter im Atomkraftwerk Philippsburg ist bis 2047 genehmigt. Offen ist, wie es weiter geht, wenn bis dahin kein Endlager zur Verfügung steht. Foto: BNN-Archiv



S. Kotting-Uhl